

## Zertifizierung

# Das Einmaleins der Kooperation am Bau

Bauherren wollen keine bösen Überraschungen erleben, Architekten und Ingenieure effektiv und rationell arbeiten. Das Qualitätszertifikat „Planer am Bau“ sorgt dafür, dass alle, die an einem Projekt beteiligt sind, ihre Interessen wahren können.

Von Sybille Neth

HERBOLZHEIM. Zweimal im Jahr tagen die 15 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Architekturbüros Hess und Volk aus Herbolzheim in eigener Sache. Dann geht es um die Aufgabenverteilung im Büro, um Organisation und Strukturierung, um die Weiterentwicklung von Checklisten und Standards, die bei Planung und Realisierung von Bauprojekten zur Routine gehören. Darüber hinaus hat das Büro einen eigenen Infobrief, in dem jeder Mitarbeiter den Kollegenkreis über Neuigkeiten in seinem Arbeitsbereich informiert.

TÜV überprüft einmal pro Jahr, ob Standards eingehalten werden

Seit Kurzem gibt das Architekturbüro aus Herbolzheim außerdem seinen Jahresbericht, den sogenannten Management Review heraus. Das alles gehört bei Hess und Volk zum Alltag eines zertifizierten Unternehmens. Seit 2010 führt das Büro das Prüfsiegel Planer am Bau und im jährlichen Audit überprüfen Sachverständige des TÜV Rheinland, ob die innerbetrieblichen Abläufe den Anforderungen des Prüfsiegels entsprechen.

„Das macht schon ein bisschen Arbeit“, sagt Mitinhaber Walter Hess. „Aber es hat das Klima im Büro enorm verbessert, weil die Aufgaben jetzt besser verteilt sind“. Walter Hess freut sich besonders, dass das Team kürzlich den Zuschlag für den Bau eines Kinderhauses in Emmendingen erhalten hat – und zwar unter anderem wegen des „Planer am Bau“-Siegels.

Dass dies für den Auftraggeber ein Stück Verlässlichkeit darstellt,



Bauen setzt gute Zusammenarbeit voraus. Deren Qualität lässt sich belegen – zum Beispiel durch das Zertifikat „Planer am Bau“. FOTO: DPA

## Zertifizierung nach Iso-Norm deutlich teurer

Das Prüfsiegel „Planer am Bau“ tragen bundesweit 121 Architektur- und Planungsbüros. Im Vergleich zur Zertifizierung nach der Iso-Norm ist es für die Betriebe ausgesprochen preisgünstig, unter anderem deshalb, weil sie anhand eines Musterhandbuchs die Abläufe selbstständig den Zertifizierungsstan-

dards anpassen können. Bei der Iso-Norm dagegen fallen kostspielige Honorare für Berater an.

Die Aufnahmegebühr, die bei der Zertifizierung nach der Iso-Norm für einen mittleren Betrieb 20 000 Euro betragen kann, entfällt bei Planer am Bau.

[www.planer-am-bau.de](http://www.planer-am-bau.de)

haben die Architekten zuvor beim Bau einer Mehrzweckhalle, ebenfalls in Emmendingen, unter Beweis gestellt. „Dabei haben wir die Kosten sogar um 0,06 Prozent unterschritten“, berichtet er.

Die Kostenverfolgung zusammen mit dem Bauherrn ist dank der standardisierten Abläufe unter dem Gütesiegel ein wesentlicher Bestandteil im Planungsprozess. „Viele Projekte für Kommunen beginnen für uns im politischen Bereich. Wenn beispielsweise das Regierungspräsidium geschätzte Bau-

kosten auf der Basis von 2009 liefert, müssen wir sagen: Dafür können wir nicht bauen“, berichtet der Architekt. „Wir haben die Preissteigerungen selbst statistisch ausgewertet und können deshalb sagen, wie viel Euro der Quadratmeter oder Kubikmeter kostet“, sagt Hess.

## Ab Ende 2014 könnte das Prüfsiegel für die Erfinder Gewinn abwerfen

Die Bauingenieure Rüdiger Weng und Knut Marhold aus Dürnau sind die Urheber des Gütesiegels Planer

am Bau, das sich als passgenaues Pendant zur Iso-Norm für Architekten sowie für Ingenieur- und Planungsbüros versteht. Seit 2006 treiben sie die Zertifizierung, mit der sich Betriebe am Markt besonders qualifizieren können, bundesweit. Der TÜV Rheinland fungiert dabei als Gutachter.

„Wir haben die Iso-Norm von Formalismen entschlackt, weil sie für die Büros zwar viel Arbeit, aber wenig Nutzwert hat“, erklärt Knut Marhold. Ab Ende 2014, so hofft er, könnte das Prüfsiegel für ihn und seinen Geschäftspartner langsam Gewinn abwerfen.

Bisher ist es eher das Steckenpferd der beiden Bauingenieure: „Was es bewirkt, stecken wir heute noch in die Werbung“, sagt Marhold und rechnet vor, dass es rund 100 000 Planungsbüros gibt. Diese alle über Fachartikel, Messen und über das Internet zu informieren, sei noch ein gutes Stück Arbeit – „zumal wie beide ja auch noch im Beratungsbereich tätig sind.“

# Wirtschaft will Straßen mit Vignette finanzieren

Gutachten: schnellster und kostengünstigster Weg

STUTTGART. Bis zu 5,6 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr sind nötig, um die Bundesfernstraßen in Deutschland auf den erforderlichen Stand zu bringen. Das ergab ein Gutachten, das im Auftrag des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags (BWIHK) unter anderem an der Hochschule Heilbronn erstellt wurde. Auch und gerade in Baden-Württemberg sei Handeln dringend nötig.

Falle im Südwesten doch ein Drittel des Straßennetzes in die höchste Staukategorie, wie einer der Verfasser der Studie, Tobias Bernecker von der Hochschule Heilbronn, bei deren Präsentation am vergangenen Freitag erläuterte. Die derzeitige Unterfinanzierung beeinträchtigt „nicht nur Mobilität und Erreichbarkeit, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit und die Wachstumschancen der deutschen Wirtschaft“, sagte Peter Kultz, Präsident des Industrie- und Handelskammertags.

## BWIHK rechnet mit Mehrkosten von 30 bis 60 Cent pro Tag und Pkw

Wo aber soll das dafür nötige Geld herkommen? Eine Erhöhung der Energie- oder Kraftfahrzeugsteuer sei „technisch die einfachste Lösung“, so Gutachter Bernecker. Für den besten Weg halten freilich ebenso wie seine Auftraggeber eine gebührenfinanzierte Lösung. Und zwar über eine – jährlich zu erwerbende – Vignette für die Nutzung der Autobahnen und eines Teils der Bundesstraßen. Dies bedeute Mehrkosten von 30 bis 60 Cent pro Tag und Pkw. In der Schweiz und Österreich gibt es bereits seit Jahren eine Vignette.

„Dreh- und Angelpunkt“ dabei sei „eine verlässliche Zweckbindung der Mittel“, so Gerhard Vogel, Präsident der IHK (Industrie- und Handelskammer) Rhein-Neckar, die beim BWIHK fürs Thema zuständig ist. Er fordert, diese durch Bundesgesetz festzuschreiben. Dann, aber bloß dann werde es gelingen, so Vogel, den ADAC mit ins Boot zu holen. Umfragen zeigten, dass Autofahrer Gebühren zustimmten, wenn sie ihnen erkennbar direkt zugute kämen. Es gelte klarzumachen: „Der Generator von Steuern sind die Wirtschaft und der Verkehrsfluss.“

## Grüne: „Flatrate-Fahren ist weder gerecht noch ökologisch sinnvoll“

Unterstützung erhielt der Vorstoß des BWIHK von der FDP. Hans-Ulrich Rülke, Fraktionsvorsitzender im Landtag, fordert von Landesverkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) bis zum Sommer „ein schlüssiges Konzept, welche Initiativen er seitens des Landes plant, um für eine nachhaltige Straßenbaufinanzierung zu sorgen.“ Baden-Württemberg müsse über den Bundesrat tätig werden.

Auf wenig Gegenliebe stößt die IHK-Initiative dagegen bei den Grünen. Der stellvertretende Fraktionschef Andreas Schwarz kann in der Studie keine Überraschungen erkennen: „Die Probleme der Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur sind bekannt.“ Die von der BWIHK geforderte Vignetten-Lösung lehnt er ab: „Flatrate-Fahren ist weder gerecht noch ökologisch sinnvoll.“ Eine Energiesteuer sei „die einfachste, kostengünstigste und schnellste Methode“. (crim)

# Gegen höheren Anteil an regenerativen Energien

Immobilienunternehmer warnen Landesregierung

KARLSRUHE. Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz des Landes soll nach Aussagen von Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) weiter verschärft und der Pflichtanteil für regenerative Energien auf 15 Prozent erhöht werden. „Das ist nicht nachzuvollziehen. Insbesondere deshalb nicht, weil der Einsatz von Bioöl aus technischen Gründen dann nicht mehr möglich ist“, sagte Gerhard Burkhardt, Präsident des Verbands baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen (VBW) am Mittwoch in Karlsruhe.

Der VBW plädiert nach wie vor dafür, die bisherige Quote von zehn Prozent zu belassen. „Wird die Möglichkeit genommen, Biogas und Bioöl zu verwenden, müssen mehr Solar- und gegebenenfalls Photovoltaikanlagen installiert werden, die zum einen die Immobilienbesitzer und die Mieter viel Geld kosten und zum anderen das Stadtbild negativ beeinflussen“, so Burkhardt.

Bisher ist die Größe der Kollektorfläche beim Einsatz einer solarthermischen Anlage im Gesetz genau festgeschrieben. „Bei Altbau-

ten steht die Fläche oftmals gar nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung“, sagte Burkhardt. Deshalb solle auf eine konkrete Angabe zur Kollektorfläche im Gesetz verzichtet werden“, sagte Burkhardt. „Wir halten es für wichtig, zum einen Photovoltaikanlagen in das Gesetz aufzunehmen. Sie sind wesentlich effizienter als Solaranlagen. Zum anderen sollten innovative Lösungsansätze, wie die Nutzung von Abwasserwärme, ebenfalls als Möglichkeit einbezogen werden“, sagte Verbandspräsident Gerhard Burkhardt.

„Das Gesetz dient dazu, die vorgegebenen energetischen Ziele zu erreichen. Wir schlagen daher vor, dass bei einem Ausfall der Heizungsanlage nicht nur objektbezogen, sondern auch quartiersbezogen gehandelt werden kann“, sagte Burkhardt. Quartiersbezogen hieß in diesem Falle, dass es ausreichend ist, wenn der Eigentümer zusammenhängender Liegenschaften die erneuerbaren Energien in diesem Quartier einsetzt. „Die Möglichkeit sollte konkret in das Gesetz aufgenommen werden“, ergänzte Burkhardt. (sta)

# Hans-Jörg Vetter: Spätestens 2014 will die LBBW mit der Rückzahlung von Staatshilfen beginnen

Verschärfte Eigenkapitalvorschriften nach dem Basel-III-Abkommen könnten für Verzögerung sorgen

STUTTGART. Schon vor knapp vier Jahren hatte der Vorstandschef der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), Hans-Jörg Vetter, angekündigt, 2013 mit der Rückzahlung der Staatshilfen beginnen zu wollen, die das öffentlich-rechtliche Geldhaus in der Finanzkrise vor dem Zusammenbruch bewahrt hatten. Das scheint inzwischen nicht mehr sicher. „Wir werden planmäßig 2013 oder 2014 mit der Rückzahlung beginnen“, erklärte ein LBBW-Sprecher jetzt auf Anfrage des Staatsanzeigers.

## Bis 2010 fuhr das Geldhaus Verluste in Milliardenhöhe ein

Mit einer Rückzahlung im kommenden Jahr wäre die größte deutsche Landesbank tatsächlich noch im Plan. Denn 2014 war mit den Eigentümern, dem Land, dem Sparkassenverband und der Stadt Stuttgart als Starttermin vereinbart worden. Alle drei Eigentümer hatten 2008 einer Kapitalerhöhung um fünf Milliarden Euro zugestimmt, um die Bank in der Finanzkrise zu stützen.

Die LBBW hatte sich mit riskanten Wertpapiergeschäften verspekuliert und wurde zusätzlich durch die Übernahme der angeschlagene

nen Landesbank Sachsen im Jahr 2008 belastet. Ohne die Kapitalerhöhung und staatliche Garantien über 12,7 Milliarden Euro hätte die LBBW nicht überstanden. Bis 2010 fuhr das Geldhaus Verluste in Milliardenhöhe ein.

Inzwischen ist die Südwest-Landesbank nach drastischen Einschnitten beim Personal und einem Umbau des Konzerns wieder in die Gewinnzone zurückgekehrt. Im vergangenen Jahr lag der Überschuss nach Steuern bei 398 Millio-

nen Euro. Das ist mehr als fünf Mal so viel wie im Jahr zuvor. Gleichzeitig wurden die Risiken weiter abgebaut und die Restrukturierung weitgehend abgeschlossen.

Angesichts der günstigen Entwicklung sollte die angekündigte Rückzahlung von einer Milliarde Euro an Land, Stadt und Sparkassen eigentlich kein Problem sein, müsste man meinen. Doch bei der LBBW gibt man sich dennoch vorsichtig. Die planmäßige Rückzahlung stellt der Banksprecher unter den Vorbe-

halten, dass die „regulatorischen Rahmenbedingungen“ eingehalten würden. Gemeint sind damit die verschärfte Eigenkapitalvorschriften für Banken nach dem Basel-III-Abkommen. Dabei soll das Kernkapital erhöht werden, um Banken krisensicherer zu machen.

## Anfang 2013 stieg Eigenkapitalquote um 2,4 auf 15,4 Prozent

Einen Schritt dazu hat die LBBW bereits Ende 2012 gemacht, oder besser: ihre drei Gesellschafter. Die stimmten nach längeren Verhandlungen einer Forderung der europäischen Bankenaufsicht zu, ihre stillen Einlagen von zusammen rund 2,2 Milliarden Euro in hartes Kernkapital umzuwandeln. Damit stieg die Eigenkapitalquote der Bank zu Jahresbeginn um 2,4 Prozentpunkte auf 15,4 Prozent.

Genauer dazu, wann und in welchen Tranchen die LBBW die Kapitalhilfe aus der Finanzkrise an ihre Eigentümer zurückzahlen will, wird der Vorstand möglicherweise bei der Bilanzpressekonferenz Ende April erläutern. Denn Vetter hatte sich öffentlich bislang nur zur ersten Milliarde geäußert, nicht aber zum Fahrplan für die gesamten fünf Milliarden Euro. (jüs)



Eigentlich wollte die LBBW in diesem Jahr mit der Rückzahlung der Staatshilfen beginnen, die sie vor dem Zusammenbruch bewahrt. Doch dies ist nun nicht mehr sicher. FOTO: DPA

## Dienstleister

BRANDSCHUTZ  
IN GLAS

Haser  
Metallbau  
Telefon  
07832-9144-0  
Telefax  
07832-9144-22  
[www.haser.de](http://www.haser.de)

Verlag, Vergabe, Agentur,  
Kongresse. Alle Dienstleistungen  
aus einer Hand.

[www.staatsanzeiger.de](http://www.staatsanzeiger.de)